



COMMENTAIRE DE JURISPRUDENCE NUMÉRIQUE APERÇU MENSUEL, AOÛT 2011, VOL. 03

Des expertes et experts renommé(e)s commentent la
jurisprudence actuelle de manière précise et exacte.

DIRITTO CONTRATTUALE

Arglistiges Verschweigen von Mängeln im Grundstückskauf

Philipp Chiani / Markus Vischer

Das Bundesgericht hält fest, dass von arglistigem Verschweigen eines Mangels ausgegangen werden müsse, falls der Verkäufer dem Käufer das Fehlen einer Eigenschaft verheimlicht, ohne dessen Vorhandensein der Käufer den Kaufvertrag nicht oder zumindest nicht unter den gleichen Bedingungen abgeschlossen hätte. Das Verheimlichen von Tatsachen sei insoweit verpönt, als den Verkäufer aus Vertrag, Gesetz oder aus Treu und Glauben eine Aufklärungspflicht treffe.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [4A_70/2011](#) du 12 avril 2011

Publié le 30 août 2011

BGE 4A_576/2010 - Kein Regress aus Art. 72 VVG auf Kausalhaftpflichtige Praxisänderung abgelehnt

Corinne Zellweger-Gutknecht

Trotz breiter und andauernder Kritik hält das Bundesgericht an seiner an Art. 51 Abs. 2 OR orientierten Praxis fest, wonach der Regress gemäss Art. 72 Abs. 1 VVG eine schuldhafte, unerlaubte Handlung des Haftpflichtigen voraussetzt.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [4A_576/2010](#) du 07 juin 2011, destiné à publication

Publié le 24 août 2011

Genaueres zum ungefähren Kostenansatz (Art. 375 OR)

Thomas Siegenthaler

Bundesgerichtsentscheide zu Art. 375 OR (ungefährer Kostenansatz) sind eher selten - was vermuten lässt, dass sich Parteien und ihre Anwälte kaum auf diese Bestimmung berufen. Möglicherweise findet Art. 375 in letzter Zeit aber vermehrt Beachtung: Nachdem sich das Bundesgericht im Jahr 2009 eingehend zu dieser Bestimmung geäußert hatte ([4A_577/2008](#)), gibt es nun bereits wieder einen ausführlichen Entscheid zu diesem Thema zu vermelden.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [4A_15/2011](#) du 03 mai 2011

Publié le 22 août 2011

DIRITTO DEGLI STRANIERI

Die 'Crux' mit dem nachehelichen Härtefall (Art. 50 AuG)

Thomas Hugi Yar

Art. 50 dürfte einer der beim Bundesgericht am meisten angerufenen Artikel des neuen Ausländergesetzes (AuG; SR 142.20) sein. Er sieht vor, dass nach Auflösung der Ehe oder der Familiengemeinschaft der Anspruch des Ehegatten und der Kinder auf Erteilung und Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung unter anderem dann fortbesteht, wenn wichtige persönliche Gründe einen weiteren Aufenthalt in der Schweiz erforderlich machen (Art. 50 Abs.

1 lit. b i.V.m. Abs. 2 AuG). Das vorliegende Urteil stellt klar, dass zwischen der anspruchverschaffenden Ehe und dem Anspruch auf Fortbestand der Bewilligung ein inhaltlich-zeitlicher Zusammenhang bestehen muss; ist der Anspruch nach Art. 50 AuG einmal untergegangen, kann er regelmässig nicht wieder aufleben. Diese Rechtsprechung dürfte in der Praxis nicht immer einfach zu handhaben sein.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [2C_365/2010](#) du 22 juin 2011
Publié le 30 août 2011

DIRITTO DELLE ASSICURAZIONI SOCIALI

Schleudertrauma: Sinngemässe Anwendung der Überwindbarkeitspraxis auf vorübergehende UV-Leistungen?

Vivian Winzenried

Das Bundesgericht hält fest, dass die Überwindbarkeitspraxis (gemäss BGE 136 V 279 und 130 V 352) auf UV-Heilbehandlungs- und Taggeldanspruch keine Anwendung findet.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [8C_100/2011](#) du 01 juin 2011, destiné à publication
Publié le 05 août 2011

DIRITTO DI ASSISTENZA

Sozialhilfemissbrauch als Betrug ?

Peter Mösch Payot

Unterzeichnet eine Ehefrau zu Hause ungelesen einen vom Ehemann falsch ausgefüllten mehrseitigen Antrag auf Sozialhilfe, liegt gemäss Bundesgericht Eventualvorsatz hinsichtlich arglistiger Täuschung vor und sie kann sich damit des Betrages schuldig machen. Die Arglist der Täuschung ist dabei auch dann möglich, wenn es dem Sozialdienst leicht möglich gewesen wäre, undeklariertes Einkommen festzustellen. Das Urteil steht für eine Verschärfung der Annahme von Arglist und Betrug bei unrechtmässigem Sozialhilfebezug. Die bessere Eignung sozialverwaltungsrechtlicher Mittel zur Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe bleibt davon allerdings unbenommen.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [6B_689/2010](#) du 25 octobre 2010
Publié le 17 août 2011

DIRITTO IN MATERIA DI ENERGIA

Zuordnung von Netzanschlüssen zu einer Netzebene

Stefan Rechsteiner / Michael Waldner

Für die Zuordnung von Netzanschlüssen zu einer Netzebene ist es entscheidend, welche Netzebenen eines anderen Netzbetreibers ein Netznutzer Gebrauch macht oder Gebrauch machen könnte. Ein Reserveanschluss kann für die Zuordnung ausschlaggebend sein, wenn er für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit erforderlich und nicht für beide Parteien von gleichem Interesse ist. Ausschlaggebend für die Beurteilung, ob eine Reserve-/Notverbindung einer oder beiden Parteien dient, ist nicht die Frage, welche Partei die Leitung tatsächlich häufiger nutzt. Vielmehr ist zu beurteilen, ob eine der Parteien zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit wesentlich mehr auf die fragliche Leitung angewiesen ist.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal administratif fédéral [A-1682/2010](#) du 04 mai 2011
Publié le 28 août 2011

Anspruch auf den Zinssatz ohne Reduktion nach Art. 31a Abs. 2 StromVV

Stefan Rechsteiner / Azra Dizdarevic-Hasic

Das Bundesverwaltungsgericht bejaht die Rechtmässigkeit der Übergangsbestimmung gemäss Art. 31a Abs. 1 StromVV, wonach der Zinssatz nach Art. 13 Abs. 3 Bst. b StromVV (sog. WACC) für die betriebsnotwendigen Vermögenswerte für Netzanlagen, die vor dem 1. Januar 2004 in Betrieb genommen wurden, in den Jahren 2009-2013 um 1 % gesenkt wird und bestätigt damit seine frühere Rechtsprechung. Erfüllen Betreiber von Anlagen bestimmte Voraussetzungen, genehmigt die ECom gemäss Art. 31a Abs. 2 StromVV auf ein Gesuch hin den Zinssatz ohne Reduktion. Da die Beschwerdeführerin weder nachweisen konnte, dass ihre Netzanlagen zumindest über eine einheitliche und sachgerechte Nutzungsdauer abgeschrieben wurden, noch dass ihre Anlagen nicht im Sinne von Art. 31a Abs. 2 StromVV neu bewertet wurden, verneinte das Bundesverwaltungsgericht den Anspruch auf einen Zinssatz ohne Reduktion. Den Nachweis, dass die Anlagen nicht im Sinne von Art. 31a Abs. 2 StromVV neu bewertet wurden, hat die Beschwerdeführerin auch dann zu erbringen, wenn die Anlagen wie vorliegend in

Vergangenheit wiederholt den Eigentümer gewechselt haben.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal administratif fédéral [A-6181/2009](#) du 03 février 2011
Publié le 23 août 2011

Binnenmarktzugang von Inhabern von kommunalen Installationsbewilligungen - bundesrechtliche Vorgaben für das Verfahren

Stefan Renfer

Das Bundesgericht wies die Stadt Schaffhausen an, einem Sanitärinstallateur eine Bewilligung zur Ausführung von Installationsarbeiten zu erteilen. Die Städtischen Werke Schaffhausen verweigerten dem Installateur eine Bewilligung für bestimmte Installationsarbeiten. Da der Installateur bereits über eine entsprechende Bewilligung in einer Gemeinde verfügte, verstieß der Entscheid der Stadt Schaffhausen gegen das Binnenmarktgesetz.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [2C_57/2011](#) du 03 mai 2011
Publié le 16 août 2011

DIRITTO SUCCESSORIO

Zeitpunkt der Entstehung des Gewinnanteilsrechts der Miterben durch Zuweisung zur Bauzone

Fabienne Wiget

Massgeblicher Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens für die Zuweisung eines landwirtschaftlichen Grundstücks zu einer Bauzone im Sinne von Art. 29 Abs. 2 lit. c BGG ist die öffentliche Auflage des Nutzungsplanes (E. 5.5).

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [5A_816/2010](#) du 28 avril 2011, destiné à publication
Publié le 16 août 2011

DROITS FONDAMENTAUX ET DE L'HOMME

Stiefkindadoption in eingetragener Partnerschaft verweigert Bundesgericht lässt die Prüfung der Diskriminierungsrüge offen

Tarek Naguib

Eine in eingetragener Partnerschaft lebende Frau führte gegen die Ablehnung des Gesuches um Adoption ihrer Stieftochter Beschwerde in Zivilsachen. Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab und lässt die Prüfung der behaupteten Diskriminierung aus formalen Gründen offen.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [5A_774/2010](#) du 05 mai 2011, destiné à publication
Publié le 03 août 2011

INFORMATICA GIURIDICA

Besitz an Daten im Cache-Speicher

Urs Egli

Im Urteil [6B_744/2010](#) vom 12. Mai 2011 äussert sich das Bundesgericht zum Besitz an Daten, die im Cache-Speicher eines Internetbrowsers abgelegt sind. Die Frage spielt vor allem im Zusammenhang mit dem Besitz von harter Pornographie eine Rolle (Art. 197 Ziff. 3bis StGB).

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [6B_744/2010](#) du 12 mai 2011, destiné à publication
Publié le 31 août 2011

EDITIONS WEBLAW

Le CJN rassemble des commentaires de jurisprudence rédigés par plus de 100 spécialistes, issus d'une trentaine de domaines juridiques. Les commentaires des experts font l'objet d'une évaluation par les pairs qui, réalisée par une rédaction renommée, permet de garantir un niveau de qualité élevé.

Outre les commentaires d'experts, le CJN abrite également des articles de blog. La responsabilité de ces articles incombe aux auteurs et propriétaires des blogs - [Liste des blogs](#)

Le CJN est proposé individuellement et dans le cadre du portail d'informations et de recherches Push-service des arrêts. Les commentaires peuvent être cités par une proposition de citation et des notes marginales.

Statistique :

Abonnés au "Commentaires de jurisprudence numérique (CJN)" : 1464

Informations et impressum :

info@weblaw.ch | T +41 31 380 57 77

ISSN 1663-9995, Editions Weblaw.

Inscription et changement d'adresse : Login à <https://register.weblaw.ch>. En suivant les onglets «Modifier ses données personnelles» et ensuite «Adresse mail» il est possible de changer son adresse e-mail ou d'annuler l'abonnement à la newsletter du Push-Service des arrêts.

Prière de ne pas répondre à cet e-mail. Si vous désirez prendre contact avec nous, veuillez utiliser les données de contact indiquées.

<https://cjn.weblaw.ch>



Weblaw SA | Schwarztorstrasse 22 | 3007 Berne
T +41 31 380 57 77 | F +41 31 380 57 78 | info@weblaw.ch

